

Finanzregulierung – dazu wird der Bundesstaat Europa gebraucht

Einleitung:

Wer kann welche Lehren aus dem Finanzdisaster ziehen?

Der nachfolgende Text stellt einen eher ungewöhnlichen Zusammenhang her zwischen den Themen Europapolitik einerseits, den dringendsten Aufgaben der nächsten Zukunft, vor allem der notwendigen radikalen und global wirksamen Regulierung der Finanzindustrie andererseits.

Warum diese Verknüpfung? Die gegenwärtige Finanzkrise macht uns deutlich, wie wenig die Staaten in ihrer derzeitigen Verfassung und nationalen Zersplitterung zum wirksamen Handeln imstande sind.

Das selbe gilt – und das nicht erst heute – für die Unfähigkeit der politischen Eliten und der Staaten Europas auch in allen anderen brennenden Fragen der Gegenwart: den ökologischen Ruin abwenden, die für das allgemeine Wohlergehen nötigen Gemeingüter („meritorische“ Güter) sicherstellen, die wachsende Schere zwischen arm und reich schliessen, wenigstens grösste Armut vermeiden (die ominöse „Grundsicherung“) oder gar das soziale Projekt dieser Jahrzehnte in Angriff nehmen, ein allgemeines befreiendes Grundeinkommen.

Wenn also die gegenwärtigen Staaten dafür kein geeigneter Rahmen und Hebel sind, welche Art Staatlichkeit braucht es? Der hier vorgelegte Text antwortet: Der Bundesstaat Europa, nicht die derzeitige EU, ist als Rahmen und Hebel politischen Handelns geeignet.

Dieser Vorschlag geht quer zu den derzeit üblichen Debatten. Diese lenken nach meiner Meinung die Aufmerksamkeit auf zweitrangige Fragen ab, siehe den Streit über den „Lissabon-Vertrag“. Hier sind die Sachfragen inzwischen überlagert von einer medial vorherrschenden Hetze, speziell in [Österreich](#), als ob die EU es sei, die an den Missständen Schuld habe und als ob nationale Volxabstimmungen eine geeignete Antwort seien. Dadurch sind konstruktive Vorschläge medial nahezu unsichtbar gemacht worden, etwa: „JA für Europa, aber nicht für die derzeitige Europapolitik, wie sie im EU-Reformvertrag festgeschrieben ist“. Die Gefahr: Das auch in meinen Augen notwendige NEIN zu Inhalten und Verfahren der bisherigen EU-Politik wird durch die Forderung nach nationalen Volxabstimmungen über Details der EU-Verfassung zum NEIN zur notwendigen Verfassungsentwicklung überhaupt; denn 27 nationale Abstimmungen würde auch der inhaltlich beste Text nicht überstehen.

Billiger ist der nötige politische Hebel nicht zu haben: es braucht eine gemeinschaftsweite *inhaltliche* Auseinandersetzung und Einigung. Das ist zugleich die Auseinandersetzung und Einigung über Verfahren und Institutionen. Ein geeigneter Staat, der Bundesstaat Europa, wird zwei Anliegen mit gleichem Nachdruck verfolgen: Nach innen vielfältig, subsidiär und demokratisch, nach aussen die verantwortliche Weltmacht.

Meine Intervention zielt darauf, den berechtigten Missmut über EU – und genauer: über nationale EU-Politiken – auf einen Wandel in den angestrebten Inhalten und Institutionen zu richten, speziell auf die beiden meiner Meinung nach wichtigsten Inhalte: global wirksame Finanzregulierung und Vermeiden der vorprogrammierten nächsten Kriege.

-.-.-.-

Die Finanzindustrie muss drastisch und nachhaltig reguliert werden. Zunächst haben nur attac und ähnliche Gruppen das Thema ins öffentliche Bewusstsein getragen. Angesichts der jüngsten Finanzkrise wächst diese Einsicht auch in der breiten *Öffentlichkeit*. Das Ziel ist klar. Aber wie das angehen?*)

***Welche Hebel braucht es dafür? Brauchen wir dafür Staat?
Welche Art Staat? Welche Kombination von Zivilgesellschaft
und Staat? Und dazu die Frage: Mit oder gegen die EU?***

Die immer noch anschwellenden Zusammenbrüche auf den Finanzmärkten zeigen deutlich, die gegenwärtigen Hebel der Politik und auch der Zivilgesellschaft versagen. Das Versagen ist doppelt. Keine Institution ist da, die das Aufblähen eines unverantwortlichen und die Gesellschaft insgesamt gefährdenden Finanzsektors hätte verhindern können. Schlimmer noch: die bestehenden Institutionen waren im Gegenteil bemüht, die Finanzindustrie zu befreien aus allen politischen Anforderungen eines gut-lebens-für-alle. Und die nächste „Blase“ kommt sicher. Die politischen Eliten in ihrer bisherigen Ausrichtung auf die eigentliche Weltmacht Finanzindustrie sind und wären wieder unfähig, die begonnene und vermutlich noch schlimmere nachfolgende Katastrofen abzuwenden. Jetzt, in der anstürmenden Katastrophe wissen sie nichts besseres, als die Billionen Verluste der Spekulation zu Lasten der kleinen Kreditnehmer und zuletzt der Steuerzahler zu sozialisieren. Dazu sollen symbolische Gesten (staatliche „Einlagensicherung“ – als ob nicht vielleicht schon dieser, jedenfalls in wenigen Jahren ein nächster *crash* auch Staaten zahlungsunfähig machen könnte, siehe das Beispiel Island) die zentrale Ressource der Geldwirtschaft – das Vertrauen – wiederherstellen.

*) Der Text führt Gedanken weiter, die beim workshop zum selben Thema im Rahmen der Attac Sommerakademie 2008 in Steyr diskutiert wurden; siehe www.attac.at/soak08 .

Die Staaten Europas haben nicht einmal im Augenblick des „Abschmelzens“ der fiktiven Kapitale und des damit vorprogrammierten wirtschaftlichen Niedergangs zum gemeinsamen Handeln gefunden. Sie hatten dafür weder vorbereitende Beratungen und Beschlüsse noch die nötigen Institutionen. Kein Wunder, war doch das Gerede von „Gemeinschaft“ ohne Fundament. Die Staaten hatten sich stattdessen als Konkurrenten um die Gunst der grossen Investoren aufgespielt; Standortkonkurrenz als Inhalt der Gemeinschaftlichkeit. Die Eliten waren auf diesen Ernstfall nicht vorbereitet, auf keinen Ernstfall, jetzt so wenig wie damals auf den Krieg der USA gegen Irak, als die Staaten Europas nach Belieben gegeneinander ausgespielt werden konnten. Ein gemeinsames Handeln im Ernstfall ist nur möglich auf der Grundlage einer mental in Auseinandersetzungen gereiften **Öffentlichkeit** und daraus entstehenden Institutionen. Davon sind die EU und die Mitgliedsstaaten weit entfernt. Von einem Weiterwursteln ist keine angemessene Regulierung der Finanzindustrie zu erwarten.

Da genügt es nicht, für einen erschrockenen Augenblick an der bisher beschworenen „Selbsteilungskraft“ der Märkte zu zweifeln und als Nothelfer – aber eben nur als Feuerwehr *nach* gelegtem Brand – den jeweils vorhandenen Staat zu rufen und die zusammenbrechenden Institute oder gar nur die unverwertbaren Kredite zu verstaatlichen. Die Reform muss gründlicher angegangen werden und sie muss global wirksam werden.

Welche Hebel, welche Art Staat, welche Art Politik kann solchen Zusammenbrüchen abhelfen? Wann, wenn nicht jetzt, ist diese Frage zu stellen und zu beantworten.

Zunächst: es geht hier nicht um Utopien, Utopien lassen sich unter Geringschätzung oder Ablehnung von Staat entwerfen. Doch es geht um praktikable Hebel. Und da kommen wir um Staat nicht herum.

Gewiss, für die meisten Ziele brauchen wir Staat nur am Rand. Das meiste wird von aktiven Menschen in kleinen Gruppen getan, sogar von Einzelnen (Verhaltensänderungen, Kräftigung der Personen), von *peer groups*, kleinen Verbänden ..., in Konsum und neuen Arbeitsformen, Betreuung, Selbsteilung, Information und Bewusstseinsbildung, Einüben von Kritik und Verantwortung ... die Zivilgesellschaft eben.

Das gilt für den Grossteil der sozialen und ökologischen Anliegen. Da kommt Staat hinzu als rechtlich-administrativer Rahmen und Hilfsagentur, aber es würde genügen, die jeweils vorhandenen lokalen/nationalen Staatsgebilde anzupassen und auf die neuen Ziele auszurichten. Wozu also EU? Wozu überhaupt mehr Staat?

Gegenfrage: Aber genügt für die heutigen Herausforderungen die Zivilgesellschaft? Genügt die jetzige Staatlichkeit, das Nebeneinander ganz unterschiedlicher Nationalstaaten und der EU? Zwei Beispiele, zweimal der Ernstfall der Politik: die wiederkehrenden Finanzkrisen / der nächste Krieg.

Erster Ernstfall: Finanzkrise

Die Finanzkrise ist global, sie betrifft alle Akteure überall, in der Realwirtschaft ebenso wie in der Politik. Keine soziale und keine ökologische Reform können unter der Zange von boom und crash erfolgreich sein. Die mächtigen Akteure der Finanzindustrie geben die Spielregeln vor, die anderen Akteure, in Realwirtschaft und Politik und in der Zivilgesellschaft, werden immer ohnmächtiger. Und die Übermacht der Finanzindustrie ist Folge der Erweiterung ihres Spielfelds: Globalisierung als Entfesselung des Kapitalismus – das zentrale politische Vorhaben der letzten Jahrzehnte.

Die Hebel dagegen können einerseits lokal, andererseits aber nur global ansetzen, eben im ausgedehnteren Spielfeld der Finanzindustrie. Wir wissen längst, was Not tut: durchsetzbare Regulierung, auch steuernde Besteuerung (wie immer die technischen Einzelheiten konzipiert werden).

Die angestrebte Regulierung wird nicht zwanglos branchenintern zustande kommen; die angeblichen „Selbsteilungskräfte“ des Marktes versagen hier ganz deutlich. Und sie kann nicht kleinräumig, sie muss weitreichend sein, wenn schon nicht als globale Institution, so doch mittels global machtvoller Akteure. Sie kann nur als Ergebnis von Konflikt und Verhandlung gelingen.

Daher die Frage: Wer kann, und in welchem Rahmen, treibende Kraft sein für den nötigen Konflikt, die nötigen Verhandlungen, die nötigen Regulierungen?

Protest und Kritik sind die erste Voraussetzung. Lokale Initiativen sind unentbehrlich, reichen aber nicht aus. Zivilgesellschaft allein genügt nicht. Dazu brauchen wir (auch) Staat. Eine Staatlichkeit, die unter dem Ansporn der Zivilgesellschaft entsteht. Meine erste These zur Diskussion.

Solche Staatlichkeit haben wir derzeit nicht. Die Staaten Europas, auch die größeren, haben nicht die Kraft dazu. Weder als einzelne, noch im Konzert, schon gar nicht im Weltmaßstab; sicherlich nicht in Form der jetzigen EU. Alles untaugliche Hebel. Was aber wäre ein tauglicher Hebel? Und wer kann in welchem Prozess den geeigneten Hebel schaffen?

Zweiter Ernstfall: die kommenden Kriege.

Krieg ist nicht das Thema der gegenwärtigen medialen Aufregung. Doch können wir ihm nicht ausweichen. Denn Finanzregulierung braucht Macht, und für die Verhinderung der kommenden Kriege braucht es Macht. Das eine ist nicht ohne das andere zu haben; quer durch die Sachfelder gilt: Akteure sind entweder machvoll oder ohnmächtig.

Ein machtvoller Akteur – es wird meine These zur Diskussion sein, dass wir uns in Europa eine solche Staatlichkeit verschaffen können – wird das Instrument sein sowohl für das Verhindern der schon absehbaren Grossen Kriege wie für die notwendige global wirksame Regulierung der Finanzindustrie.

Wieso spreche ich von „kommenden Kriegen“? Zunächst: Gewalt nimmt weltweit weiter zu, sowohl akut wie vor allem latent. Nicht allein als substaatliche Gewalt und „Bürgerkrieg“, sondern wieder als Drohung des zwischenstaatlichen und imperialen Kriegs. Zwar ist die Katastrophe der

technischen Massenvernichtung bisher ausgeblieben. Doch es wird wieder kräftig aufgerüstet, auch nuklear. Ein „militärisch-industrieller Komplex“ ist substaatlich, innerstaatlich und vor allem auch zwischenstaatlich an Gewalteskalation und Aufrüstung unmittelbar interessiert. Das verstärkt die beiden Hauptantriebe für kommende Kriege.

- *Ein Kampf um Vorherrschaft:* Nach dem Ende des gewaltträchtigen bipolaren „Kalten Kriegs“ ist die politische Klasse der einzigen Supermacht auf die Doktrin eingeschworen, die USA müssten weltweit die überlegene Macht sein. In dieses Spiel sind die Menschen und Staaten Europas unvermeidlich verwickelt. Wegschauen vermindert das Risiko nicht. Der Vormachtanspruch wird in einer von vielfacher Ungerechtigkeit und von erstarkenden, rivalisierenden Machtpotentialen geprägten Welt zu Kriegen schlimmsten Ausmaßes führen, außer es gelingt eine kooperative Einbindung dieser Machtpotentiale einschließlich der bisherigen Vormacht USA. Europa als handlungsfähiger Staat könnte beitragen zu Institutionen eines globalen Interessenausgleichs und der Abrüstung.
- *Ressourcenkriege:* Wirtschaft ist in der Epoche des global entfesselten Kapitalismus ein Gewaltsystem. Verdrängung von Konkurrenten und Markteroberung, feindliche Übernahmen und das Ausstoßen von Überflüssigen sind Normalität; ein technopathischer Expansionismus. Systemisch werden materielle Ressourcen übernutzt und verknappt, vor allem Energiezuflüsse. Jetzt, in der Endphase der auf fossile Energie ausgerichteten Wirtschaft wird die Kontrolle der Lagerstätten zur absoluten Priorität. Schon bald werden fruchtbare Böden und vor allem Wasser zu den umkämpften Ressourcen. Gelingt es nicht, global wirksame Institutionen einzurichten, die einerseits die Kehrtwendung weg von Ressourcenübernutzung fördern und andererseits den Zugang zu Ressourcen kooperativ regulieren, sind Ressourcenkriege unvermeidlich.

Die kommenden Kriege würden überall zuschlagen, auch in Europa. Auch das ist Globalisierung. Die global wirksame Regulierung der Finanzindustrie und das Vermeiden der vorprogrammierten Kriege ist ein und dieselbe Aufgabe. Sie braucht Institutionen des selben Typs und denselben politischen Prozess der Einrichtung.

Überspitzt formuliert: Was nützen die besten Vorhaben sagen wir der Sozialpolitik oder des Klimaschutzes angesichts der Vorherrschaft der qualitätsblinden Finanzindustrie, angesichts kommender Kriege?

Welche Art Staat brauchen wir?

Die jetzt in Europa verfügbaren Hebel des politischen Handelns, die Nationalstaaten und das von ihnen abhängige Gebilde EU sind untaugliche Hebel. Und doch wäre in Europa das menschliche, kulturelle Potential vorhanden, den geeigneten Hebel sich zu verschaffen.

Was aber ist ein tauglicher Hebel? Für viele, gerade auch für kritisch gestimmte Partner ist schon die Frage verdächtig: Staat? Macht? Nein, danke. Haben wir nicht aus der Erfahrung zu lernen: das sind Irrwege?

Staat – ein zweideutiges Instrument. Gegen die Hochschätzung von Staat ist vieles zu sagen. Staat heißt Herrschaft. Er war immer das Instrument von Privilegierten gegen die übrigen. Er ist der zweite Kern oder Pfeiler des Patriarchats (der andere sind sakrifizielle Religionen). War Staat nicht immer verbunden mit Gewalt nach innen und außen?

Das trifft wohl zu. Staat, jeder Staat ist problematisch, ein bestenfalls riskantes und der Kontrolle bedürftiges Instrument. Aber Staat konnte dennoch auch als Instrument der Befreiung genutzt werden. Nur Instrument, ein riskantes Instrument. Das Gewaltmonopol ist häufig besser als anarchische Gewalt. Und rechtsstaatlich organisierte Gewalt konnte zur systemischen Minderung von Gewalt genutzt werden. Rechtsstaat und einige Freiräume der persönlichen Entfaltung, die immerhin gelungenen, bescheidenen Ansätze zu Demokratie – das konnte nur innerhalb und mittels der Staaten erreicht werden.

Bedeutet Macht nicht unvermeidlich Machtmissbrauch? Ein zweiter Einwand, oder eher eine Stimmung besagt: Wer Macht will, erzeugt Machtkampf, Missbrauch, Unterdrückung. Das ist ein Missverständnis. Wo immer Menschen etwas zusammen tun, entsteht Macht (Hannah Arendt). Die einzige Frage ist, wie soll die entstehende Macht gestaltet werden, für welche Ziele und in welcher Weise? In Europa ist Macht entstanden, aber ihre Gestaltung ist jämmerlich. Schon die Wirtschaftsleistung (von anderen Feldern der Machtentstehung abgesehen) lässt in Europa Welt-Macht entstehen. Die Frage ist nur, soll sie und wie kann sie verantwortlich gebraucht werden?

Die Einwände sind ernst zu nehmen: Keine imperiale Zielsetzung, kein Programm der Aufrüstung, weder nach innen noch nach außen! Weltmacht Europa – eine gewaltmindernde Macht, ausgerichtet auf eine globale kooperative Sicherheitsstruktur, auf Abrüstung und Regulierung der Finanzindustrie.

Und was ist mit dem Militär? In einer realistischen Sicht ist zu sagen: Das Vorhaben einer schrittweisen Abrüstung und weltweiter Gewaltminderung hat nicht die Abschaffung des Militärs zur Vorbedingung, so wenig die Abschaffung der Strafjustiz samt Polizei und Gefängnissen am Beginn der Zivilisierung stehen konnte. Die Ausgangslage ist die Realität von Militärmächten, sogar Nuklearmächten, in Europa. Der *Hebel Europa* kann eine Zivilmacht sein, mit schrittweise verringerten militärischen Komponenten und Vorrang für *soft power*.

Und was ist mit Interventionen außerhalb Europas? In einer globalisierten Ökonomie wirkt jede Macht unweigerlich auf andere Mächte ein. Europa als gemeinschaftlich organisierte Macht kann ein die Gewalt minderndes Eingreifen zum Vorbild machen – militärisches Eingreifen nur als Ergänzung zum nicht-militärischen Eingreifen: Hilfe für Infrastruktur, Rechtsstaat, ökonomische Eigenentwicklung. Eingreifen nur als Teil einer in der UNO vereinbarten Aktion.

Ein Staat dieses Typs als Instrument zur politischen Gestaltung der Welt-Macht Europa kann der geeignete Hebel sein. Der Hebel zum Vermeiden

kommender Kriege und zur nachhaltigen globalen Regulierung der Finanzindustrie.

Mit oder gegen die EU? Welche EU?

Die Auseinandersetzungen über die EU gehen seit Jahren am Problem vorbei: Was ist der Zweck, die Finalität dieses Unternehmens? Stattdessen streitet man sich um drittrangige oder Scheinprobleme. Ist „Brüssel“ schuld an diesem oder jenem Missstand? (Als ob die Beschlüsse nicht von den Mitgliedsstaaten ausgehandelt würden.) Bekommen wir als Mitgliedsland zurück, was wir einzahlen? Wird alles besser, wenn wir nur nichts ändern an der Verfassung eines immer ausgedehnteren Vereins?

Besonders grotesk läuft der Streit in **Österreich**, so jüngst um den „Lissabon“-Vertrag. Als ob die **Österreicher** (und andere Europäer) mit einer noch weniger handlungsfähigen EU besser dran wären. Als ob mit einer Volxabstimmung Demokratie ausbrechen würde. Als ob überhaupt in verhetzter **Öffentlichkeit** sinnvoll über die EU beraten und entschieden werden könnte.

Kann der Hebel für Finanzregulierung und Kriegsvermeidung in Europa geschaffen werden? Nur das ist die entscheidende Frage. Zwei Vorfragen sind zu klären:

- Warum läuft die Integration bisher nicht in diese Richtung?
- Was ist zu tun, damit aus der jetzigen EU der notwendige Hebel entstehen kann?

Die EU – ein misslungener Umweg

Der bisherige Beitrag der Institution EU zu Frieden und Wohlfahrt ist bestenfalls zweideutig. Die Vorzüge sind von den Befürwortern breit ausgewalzt, zumeist übertrieben, gelegentlich geschwindelt worden. Immerhin (und das lässt sich nur paradox formulieren): solange der Integrationsprozess fortschreitet, gibt es ihn (er ist noch keine stabile Errungenschaft!), und solange ist Krieg zwischen den Mitgliedsländern nahezu unmöglich. Das allein wäre Grund genug, den Integrationsprozess nicht aufs Spiel zu setzen. Und ohne Frieden kein Wohlstand.

Doch in der Hauptsache ist die EU immer mehr zu einem ökonomistischen Projekt geworden, ein Hebel zur neoliberalen Globalisierung, Hebel zur Entfesselung des Kapitalismus unter den spezifischen Bedingungen europäischer Länder.

Wie kam es zu dieser ökonomistischen Verengung? Das war die Folge eines schlaue gedachten, aber misslungenen Umwegs. Anfänglich war den handelnden Personen die angestrebte Finalität klar, es sollte auf eine neue Staatlichkeit hinauslaufen, eine gemeinschaftliche Handlungsfähigkeit, gedacht nicht als Zentralstaat, doch mehr als nur ein Staatenbund: ein Bundesstaat neuen Typs. Dieses Vorhaben kam *von rechts*, und anders hätte es nicht beginnen können, war doch die Linke, soweit sie nicht schnurstracks auf die Weltrevolution zusteuerte, entschlossen, sich in den vertrauten Nationalstaaten einzurichten.

Doch zu unterschiedlich und gegensätzlich (und zum Teil bedenklich) waren die beteiligten Interessen und Vorstellungen, die ersten Anläufe scheiterten, und ein Umweg wurde gewählt: die *funktionale Integration*. Es sollten Sektor nach Sektor, Branche nach Branche die mächtigen Akteure dafür gewonnen werden, die einschlägigen staatlichen Vorgaben und Eingriffe im Interesse dieser Akteure anzugleichen.

Es war ein Schwindelmanöver, eine Praxis politischer Täuschung und Selbsttäuschung. Zwar funktionierte die Integration zum Vorteil der jeweils einbezogenen Interessen, von Bauern und Agrarindustrie über Verkehrs- und Energielobbies bis zur Exportindustrie. Mit steigendem Güterausstoß und Wertschöpfung konnten ein Grossteil der Beschäftigten samt Gewerkschaften und kaufkräftigen Konsumenten für das Projekt *Finanzindustrie garantiert Wohlfahrt* gekauft werden. Doch andere Interessen, vor allem das gemeinsame Interesse an lebensfreundlicher Gestaltung der Wirtschaft und verantwortlicher Politik gegenüber den benachteiligten Ländern hatten in diesem Integrationskonzept keinen Platz; da genügte symbolische Politik.

Das war der Konstruktionsfehler, der bis in die Gegenwart die Integration bestimmt und die Frage nach der staatlichen Finalität blockiert. Ein politischer Pfusch und auch ein staatsrechtlicher Pfusch, nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. *Teile der Souveränität verlagern* hieß die Parole. Auch hier, wie so oft, zeigt die sprachliche Vergewaltigung den Missbrauch an; nur der Souverän ist souverän, alles andere ist Schwindel. Im Ergebnis dieses Schwindels ist niemand souverän: eine *Niemandsherrschaft*, ein System also, das machtvollen Interessen am besten dient, und nur ihnen.

Die systemische Missachtung zentraler Anliegen und politischer Notwendigkeiten war geschickter zu betreiben ohne Beteiligung von gewöhnlichen Menschen als politischen Akteuren. Die Folge: Die Amputation gerade der wichtigsten Inhalte ging zusammen mit der Amputation lebendiger Demokratie. Es schien zu genügen, die Völker nach dem Vorbild der Kommerzwerbung zu bedienen. „Wegen der EU wird alles billiger werden“.

EU heute: ökonomistisch, ungemeinschaftlich, wenig demokratisch.

Dieses Machtspiel ist mehrfach ungenügend. Es ist von Sonderinteressen gesteuert, ökonomistisch verengt und nicht gemeinschaftlich, sondern national beherrscht. In diesem Machtspiel werden die Völker nur als Manövriermasse gebraucht. Zusätzliche Spielwiesen werden ihnen angeboten, Wahlen zu einer Versammlung, die hochtrabend „Parlament“ genannt wird, obwohl die zentralen Funktionen eines Parlaments fehlen: Wahl, Kontrolle und Abwahl der Regierung, Initiative und Beschluss der Gesetze, vor allem der unmittelbare Zugang zum gemeinschaftlichen Souverän in öffentlicher Auseinandersetzung und in gemeinschaftlichen Wahlen.

Eine vorgeblich gemeinsame Politik wird ohne gemeinsame [Öffentlichkeit](#) gemacht, [also von abgehobenen Eliten aus Experten und Berufspolitikern](#). Die Macht wird weiterhin national – eben nicht gemeinschaftlich –

gesammelt und verteidigt, zugleich immer mehr Materien von Gesetzesformulierung und Verwaltung „in Kommission“ gegeben (Sonja Puntcher-Riekmann). Ein systematischer Rückschritt in Sachen Demokratie.

Misslingen musste der gewählte Umweg der *funktionalen* Integration, weil eine Weltmacht, in der Macht nicht gestaltet und nicht verantwortlich ist, zum Spielball interner und externer Interessen wird.

Kleine Betriebsstörung oder Krise?

Organisierte Handlungshemmung, das ist der Befund der EU. Die Eliten Europas hätten sich mit beiden Mängeln des Integrationsprozesses nur zu gerne abgefunden: mit der ökonomistischen Verengung und mit dem Fernhalten der Völker aus den Entscheidungen. Ein bewährtes Doppelspiel: „In Brüssel“ die mächtigen Akteure bedienen, zu Hause die EU als Sündenbock für eigenes Versagen missbrauchen.

Doch die Aufnahme immer weiterer Mitgliedsländer hat die alten Verfahren der Beschlussfindung und Verwaltung vollends untauglich gemacht: Verdünnung durch Ausdehnung. Nach Jahrzehnten inhaltsleerer Wort- und Vertragshülsen geht es mit der Integration nicht mehr weiter ohne eine zumindest punktuelle Anpassung der Verfassung. Das dämmerte allmählich den Eliten; und die Völker würde man wie gehabt medial mitnehmen. Und wenn ein Land auf die Entscheidung durch das Volk besteht (verfassungsgemäß bestehen muss), würde man eben noch einmal abstimmen lassen.

Die jetzige Störung jedoch erweist sich als schwieriger, aus zwei Gründen.

Eine Spaltung der Union droht, wenn nicht wenigstens die elementarsten Anpassungen gemeinschaftlich beschlossen werden. Früher mochte man in einzelnen Sachfeldern unterschiedliche Regelungen, Ausnahmen, Fristen, verschiedene Geschwindigkeiten vereinbaren. Doch in der Verfassungskrise wäre das nur in Form einer Rückbildung der EU möglich, als Rückkehr zum Doppelspiel der Grossen mit und gegen die Kleinen, mit wechselnden Allianzen.

Zum anderen rächt sich das Vernachlässigen der Völker. Kritik an der EU ist vielfach begründet. Doch die wachsende pauschale Ablehnung beruht zum größeren Teil auf fehlender und irreführender Information. Die verlogene Propaganda der EU-freundlichen Eliten rächt sich; man kann nicht die EU als Sündenbock für eigene Versäumnisse und Fehlsteuerung missbrauchen und zugleich von den Völkern aktive Unterstützung für die EU erwarten. Es sind die Eliten selber, die auf diese Weise den Medien und Parteien Vorschub leisten, die mit der Hetze gegen die europäische Integration ihr Geschäft machen. Sobald auch Parteien der Mitte populistisch auf den Zug der EU-Ablehnung aufspringen, haben sich die Eliten den Weg zur nötigen Reform der EU selber versperrt.

Auf den alten Wegen ist schwerlich aus der Krise herauszukommen. Das wird bejammert. Aber ist darin nicht auch eine Chance?

Krise: Zerfall oder Neubeginn?

„Krise“ – ein Allerweltswort, es bezeichnet irgend eine als schlimm eingeschätzte Lage. Doch Krise kann auch als *crisis* verstanden werden, als Kipppunkt, an dem entschieden wird, ob es zum schlechteren oder zum guten Ausgang geht. Nicht die vielen Schwächen und Mängel der EU, erst der jetzt drohende Zerfall macht es möglich, die Kräfte dagegen, das heißt zur Erneuerung der EU anzusprechen und zu sammeln.

In der jetzt drohenden Rückbildung zum Staatenwirrwarr wird die EU noch deutlicher zum Spielball der jetzigen und kommenden Weltmächte, wirksam nur als Hebel der neoliberalen Globalisierung, im Binnenraum durch alte und neue Rivalitäten gelähmt. Das würde den Absichten und Interessen der meisten, die jetzt den Zerfall der EU riskieren (zumeist ohne diese Folge auch nur zu bedenken) zuwiderlaufen. Soziale und ökologische Reform, Ausgleich mit den benachteiligten Ländern, das wäre dann zu vergessen, ganz zu schweigen von den großen Aufgaben: Regulierung der Finanzindustrie, die absehbaren Kriege vermeiden.

Aus dieser Einsicht kann der Wille zu einem neuen Ansatz der europäischen Integration erwachsen, quer durch alte Lager.

Die Chance der Krise: eine verwandelte EU.

Vier Momente sprechen für den Neubeginn:

Erstens ist es dafür nicht nötig, *tabula rasa* zu machen. In dem komplizierten Gebilde namens EU sind schon jetzt engagierte Personen, sind viele Kompetenzen vorhanden, die in neuer Ausrichtung genutzt werden können. Kompetenzen in den Mitgliedsländern, in der Kommission, im Europäischen Parlament (auch wenn es derzeit noch nicht Parlament im vollen Sinn ist). Insofern ist die nötige Neugründung nur Reform des Bestehenden.

Wichtiger noch ist, zweitens, der Impuls für neue Bündnisse quer durch die alten politischen Lager. Sobald die Dramatik der Krise begriffen ist (die destruktive Vorherrschaft der Finanzindustrie, kommende Kriege ...), können viele Differenzen (zwischen Ländern, zwischen Interessensgruppen, zwischen Ideologien) neu bewertet werden; das ist die Chance. Neue Differenzierungen werden möglich, jetzt aber rund um das gemeinsame Vorhaben, den Europäern die nötigen politischen Hebel zu verschaffen: den Bundesstaat Europa.

Drittens ist es offenkundig, dass die Epoche der alten Territorial- und Nationalstaaten zu Ende geht. Das alte homogenisierende und gewaltträchtige Modell, das vom „westfälischen“ *cuius religio eius regio* über den absolutistischen Zentralstaat und Kolonialstaat zum interventionistischen Wohlfahrtsstaat mutierte, hat längst ausgedient. Menschen sollten nicht dadurch als Staatsbürgerinnen und *citoyens dazugehören*, dass sie mitmachen müssen beim Ausschließen von Gruppen, die *nicht dazu gehören dürfen*. Eine Staatlichkeit neuen Typs ist fällig, nach innen vielfältiger, nach außen ausgleichend, konzentriert nur auf die in den globalen Verwicklungen wichtigen Staatsaufgaben.

Viertens kann nur ein Vorhaben auf der Höhe der globalen Herausforderungen die Völker motivieren, sich endlich einzumischen. Der Bundesstaat Europa könnte nicht entstehen aus der üblichen Packelei von Lobbyisten und Bürokraten, Militärs und Konzernchefs. Das kann nur gelingen in einem Prozess, in dem unterschiedliche Interessenslagen, unterschiedliche Entwürfe des Gemeinwohls öffentlich abgestimmt werden. Ein Prozess, der auf das Plebiszit zur Gründung des Bundesstaats Europa hingeht.

Demokratie europäisch: Ein nicht national aufgesplittertes, sondern gemeinschaftliches Abstimmen. Ohne den demokratischen Prozess gibt es keine brauchbaren Hebel. Doch der Souverän muss gewissermaßen erst „hervorgerufen“ werden. Die Völker sind, nach einem Wort von Heinrich Heine, „große Lümmel“. Erst in öffentlichen Auseinandersetzungen über das Überleben und über Optionen eines Gutlebens kann der „große Lümmel“ zum demokratischen Souverän werden.

Drei erste Schritte

Wer sich die kommenden Ernstfälle vergegenwärtigt – wiederkehrende Finanzkrisen, kommende Kriege – wird anders handeln wollen, anders als jetzt in den Medien und in nationalen Wahlkämpfen vorgegeben. Drei erste Schritte können diskutiert und gegangen werden.

1. Schluss mit der Ablenkung auf den angeblichen Übeltäter EU. Die EU ist nicht die Ursache des politischen, ökologischen und sozialen Ruins. Sie ist der bisher misslungene Umweg zu einer geeigneten Staatlichkeit.
2. Parallel dazu wird Schluss gemacht mit der Schönfärberei der EU-Propagandisten. Die bisherige Ausrichtung der EU auf die Interessen allein der mächtigsten, sozial und ökologisch wenig interessierten Machtgruppen ist kein Grund, für die EU einzutreten oder zu *informieren*, wie man es ausdrückt. Ebenso wenig die schwindelhafte Verfassung der EU. Weder der große Übeltäter noch die nötige handlungsfähige Staatlichkeit – die EU ist ein vielleicht reformfähiger Übergang zum Bundesstaat.
3. Im Augenblick geht es um eine Vorentscheidung: Soll der Zerfall der EU riskiert werden? Soll die EU weiter als Sündenbock für das Versagen der eigenen Eliten missbraucht werden, soll durch nationale Plebiszite zu zweitrangigen Fragen der Zerfall provoziert werden? Oder soll ein Neubeginn gewagt werden, mit der und in der EU?

Reform als Gründung

Nach solchen ersten Schritten kann ein Aufbau beginnen. Dafür werden sich Akteure herausbilden jenseits der bisherigen nationalen und nationalistischen Verbiegungen und quer durch die bisherigen ideologische Lager. In Konflikten, neuen Differenzierungen und neuen Bündnissen kann eine gemeinschaftsweite Öffentlichkeit entstehen,

Grundlage für gemeinschaftsweite Wahlen, für ein Parlament, das diesen Namen verdient, für Regierung auf der Höhe der globalen und internen Herausforderungen.

Finalität Bundesstaat Europa, da erst kann realitätsnahe die Veränderungsfrage gestellt werden: welche Optionen des Gemeinwohls stehen zur Wahl? Es geht darum, ein gemeinsames politisches Ziel zu vereinbaren: die Auseinandersetzung über konkurrierende Vorstellungen, welche Inhalte verbindlich geregelt werden und wie der geeignete Hebel beschaffen sein und wie er geschaffen werden kann. Welche Art von demokratischem Prozess soll begonnen werden? Welche Verfassung (auch die Frage der Subsidiarität!) soll der entstehende Bundesstaat Europa bekommen?

In diesem Reformprozess ist die entscheidende Etappe das *Gründungsplebiszit*. Das Entstehen einer gemeinschaftlichen Handlungsfähigkeit ist ein Gründungsvorgang. Gemeinschaftsweit, in allen Mitgliedsländern wird am selben Tag über die selbe Frage abgestimmt: Wollen wir die EU beenden (austreten)? Oder wollen wir die jeweilige Staatsverfassung so ändern, dass die wichtigeren Staatsaufgaben auf gemeinschaftsweite Verfahren und Institutionen übertragen werden?

Mit dem Neubeginn ist der demokratische Souverän nicht mehr das Chaos der getrennt souveränen Völker der Mitgliedsländer, sondern das durch gemeinschaftliche Entscheidungsverfahren verbundene Volk des Bundesstaats Europa. Der neue Souverän wird zur Realität in gemeinschaftsweiten Verfahren der Willensbildung und Kontrolle, in Wahlen und Abstimmungen.

Gewiss: Der demokratische, gemeinschaftsweite Neubeginn garantiert nicht für eine befriedigende Politik, aber er ist dafür die günstigste Voraussetzung. *Gute Politik* nicht nur *zu Hause*, sondern auch global: Europa als globaler Akteur für Finanzregulierung, Abrüstung, ökologisches Umsteuern und sozialen Ausgleich.

Die Reform der EU ist die wohl letzte Chance Europas, die entstandene und entstehende Macht sinnvoll zu gestalten.